Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 7. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | **Wilsdruff-Dresden** | Postscheck: Dresden 2640 | **Montag, den 9. Januar 1928**

Das dritte Reich.

Mit Beginn dieser Woche haben die politischen Ferien ihr Ende erreicht; der Bildungs- und der Haushaltsausschuß des Reichstages werden sich wieder an die Arbeit machen müssen. Hinter den Kulissen war allerdings von politischen Ferien recht wenig die Rede, weil man alles daransetzte, den Boden für die Weiterbearbeitung des Reichsschulgesetzentwurfes zu ebnen. Ob diese Besprechungen zwischen den Vertretern der Regierungsparteien aber den gewünschten Erfolg haben werden, kann erst die Folgezeit beweisen; doch es sieht vorläufig nicht sehr danach aus, daß diese Schwierigkeiten wirklich aus dem Weg geräumt worden sind. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um die Frage, in welcher Form der Religionsunterricht an den Bekenntnisschulen — dem Artikel 149 der Reichsverfassung gemäß — „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft" gebracht werden soll, wie also das Kontrollrecht der Religionsgesellschaften zu gestalten ist. Da die Verfassung außerdem ausdrücklich sagt, daß durch dieses Kontrollrecht aber das Aufsichtsrecht des Staates nicht eingeschränkt werden darf, so müht man sich jetzt ab, beide Rechte in Einklang zu bringen. Das Zentrum verlangt, daß dieses Beaufsichtigungsrecht grundsätzlich den obersten kirchlichen Behörden übertragen und dann von diesen wieder an untergeordnete Instanzen bis zum Ortspfarrer herunter abgegeben werden kann. Die Deutsche Volkspartei hat aber erklärt, daß damit nur die frühere geistliche Ortsschulaufsicht wiederhergestellt würde, was jedoch unbedingt abgelehnt werden müsse. Darüber ist es Mitte Dezember im Interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien zu so erregten Auseinandersetzungen gekommen, daß die Weiterberatung des Reichsschulgesetzentwurfes vertagt worden ist; außerdem haben in der Zwischenzeit mehrfach Führer der Zentrumspartei, wie z. B. der Abgeordnete von Guérard, in Versammlungsreden durchblicken lassen, man würde nicht davor zurückschrecken, es zu einer Auflösung des Reichstages kommen zu lassen, wenn den Wünschen der Zentrumspartei nicht Rechnung getragen würde. Man braucht das allerdings nicht allzu tragisch zu nehmen; denn bei den endlosen Beratungen über den jetzt vorliegenden und den früheren Reichsschulgesetzentwurf ist es recht häufig zu solchen Konflikten gekommen, ohne daß gleich das schwere Geschütz einer Reichstagsauflösung auch wirklich aufgefahren wurde.

Der Haushaltsausschuß jedenfalls wird sich ohne Rücksicht auf diesen Konflikt an die gerade jetzt so ungemein wichtige Beratung des Reichsetats heranmachen, damit der Reichstag, wenn er am 19. Januar wieder zusammentritt, auch genügend Beratungsstoff vorfindet.

Und ein Drittes noch drängt nach Bearbeitung und nach Lösung: es ist die Frage der Verwaltungs- und Verfassungsvereinfachung, deren finanzieller Hintergrund immer klarer heraustritt. In der Behandlung dieser Frage, die besonders aus wirtschaftlichen Kreisen auf die politische Tagesordnung gesetzt worden ist, ist man über die Anfänge schon längst hinaus, und jetzt hat sich eine besondere Organisation unter dem Namen „Bund zur Erneuerung des Reiches" gebildet, eine Organisation, die wirklich einen überparteilichen Charakter hat. Man findet dort bekannte Parteiführer von den Deutschnationalen, selbst konservativer Richtung, über die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten hinweg bis zu den Sozialdemokraten. Man findet dort aber auch die Namen unserer bekanntesten Wirtschaftsführer aus Industrie und Landwirtschaft. In einem Aufruf wendet sich nun dieser Bund gegen eine Teillösung in dieser Streitfrage, wie die Befugnisse des Reiches und der Länder abgegrenzt werden sollen. „Die Last der Aufgaben droht, gebrechliche Teile des Reichsgebäudes zu erdrücken; durch eine klare Abgrenzung der strittigen Belange und durch organische Gliederung der Verwaltung ist daher eine Erneuerung des Reiches herbeizuführen, die heute als geschichtliche Forderung vor uns steht." Als Ziel kann nur eine Stärkung des Reiches in Frage kommen, nur diesem ist die letzte Entscheidung in allen für die Volksgesamtheit wichtigen Fragen zu übertragen. Besonderes Gewicht wird nach dieser Richtung hin gerade auf die wirtschaftlich-finanzielle Seite gelegt; denn es ist ja bekannt, daß es gerade hierin zu höchst unerfreulichen Konflikten zwischen der vielgestaltigen Verfassungshierarchie und der Wirtschaft gekommen ist und immer wieder kommt, zu Konflikten, die leider auf dem Rücken der Wirtschaft und auf ihre Kosten ausgefochten zu werden pflegen. Infolgedessen wird zum springenden Punkt des Aufrufs die Forderung nach einer durchgreifenden Vereinfachung der gesamten Verwaltung. Viel Zeit, damit zu warten, haben wir nicht, und der Aufruf warnt davor, aus irgendwelchen innenpolitischen Gründen die Hände so lange in den Schoß zu legen, bis unsere auswärtigen Gläubiger an die Tür pochen. „Das dritte Reich gilt es zu zimmern, das die ganze Nation in gesunder Gliederung zusammenschließt nach dem Wort des Freiherrn von Stein „Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland".

Bei der Wiederaufnahme der politischen Arbeit wird also gerade diese Frage von noch größerer Bedeutung werden als Schulgesetz und Haushalt. Vielleicht wird sie sogar dann von solchem Gewicht werden, daß in Parteikonflikten, die auf anderen Gebieten entstehen und die Weiterarbeit des Reichstages verhindern können, Kompromißlösungen einfach erzwungen werden.

Bund zur Erneuerung des Reiches

Volle Einheit Deutschlands.

Beseitigung innerer Reibungen.

Am 6. Januar hat sich in Berlin eine neue Vereinigung begründet, die berufen sein könnte, eine bedeutungsvolle Stelle in unserer inneren Entwicklung und beim Neuaufbau zu übernehmen. Der Zusammenschluß ist unter Ausschaltung parteipolitischer Richtungen oder berufsständischer Einstellung erfolgt.

Die Mitglieder des Vorstandes, dem die Herren Ernst Georg Graf v. Bernstorff-Junkerwehningen, von Flemming-Paatzig i. Pomm., Otto Henne-Tübingen, Dr. Horion-Düsseldorf, Dr. Walter-Jänecke-Hannover, Dr. Hans Luther-Berlin, Dr. Karl Petersen-Hamburg, Dr. Paul Reusch-Oberhausen, Graf von Roedern-Hamburg, Freiherr von Wilmowsky-Marienthal i. Thür. angehören, haben den Auftrag erhalten, Ausgangspunkt und Ziele dieser Bewegung in einer grundlegenden Aussprache festzulegen. Bei den Unterschriften des mittlerweile erschienenen Aufrufs finden sich u. a. der zahlreichen Persönlichkeiten noch die Namen Adenauer-Köln, von Batocki-Bledau (Ostpr.), Krupp von Bohlen-Halbach-Essen, Böß-Berlin, Dr. Cuno-Hamburg, Hans Delbrück-Berlin, Frowein-Elberfeld, Freiherr von Gayl-Königsberg i. Pr., Gröner-Berlin, Dr. von Harnack-Berlin, Jarres-Duisburg, Graf von Kalckreuth-Neufiegersdorf, Keinath-Berlin, Freiherr von Keckerinck-Borg, Franz von Mendelssohn-Berlin, Noske-Hannover, Plate-Hannover, Joseph Pschorr-München, Freiherr von Richthofen-Boguslawitz, Freiherr von Schorlemer-Lieser (Trier), Karl F. von Siemens-Berlin, Fritz Thyssen-Hamborn, Max Warburg-Hamburg usw.

Beitrittserklärungen oder Zuschriften sind zu richten an die Geschäftsstelle des Bundes zur Erneuerung des Reiches, Berlin C. 2, Klosterstraße 41. In der Gründungsversammlung des Bundes, die von annähernd der Hälfte der über ganz Deutschland verteilten Unterzeichner des Aufrufs besucht war, wurde der

Reichskanzler a. D. Dr. Hans Luther

einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Dr. Luther nahm zu längeren Ausführungen das Wort, in denen er die Aufgabe des Bundes darlegte. Der Bund, so führte er aus, wolle der Verantwortung weder der Regierungskräfte noch der politischen Parteien irgendwie vorgreifen, sondern wolle sachliche Vorbereitungsarbeit leisten. Unsere wirtschaftliche Lage sei trotz der gegenwärtigen, aus der Konjunktur stammenden Erleichterungen so schwierig, daß es nicht einmal allein auf die Ersparnisse ankomme, die durch Einzelreformen in der Verwaltung verwirklicht werden müßten. Wir müßten vielmehr unsere ganzen Staatskräfte so zweckmäßig und wirkungsvoll aufbauen, daß sie der schweren Arbeit, die Produktivität Deutschlands auf ein Höchstmaß zu steigern, gewachsen seien. Für alle Zweige der Wirtschaft sei eine starke Entlastung notwendig, um die Ausfuhrfähigkeit zu erhöhen. Der Bund erstrebe bei seiner Arbeit ebenso wie die Beteiligung der Wirtschaftsführer auch die Beteiligung der Arbeitnehmerschaft. Die Gründer des Bundes gehen von der Auffassung aus, daß es in der dringenden Not des Vaterlandes besser ist, eine für möglichst alle Volksgenossen noch eben tragbare Lösung herbeizuführen, als durch den Kampf verschiedener Grundanschauungen das Volk auseinanderzutreiben.

Der Aufruf des Bundes

ist von etwa 200 Personen aus allen Teilen des Reiches unterschrieben und sagt zur Kennzeichnung der erstrebten Ziele u. a.:

Aus geschichtlichem Werden erwuchsen Aufgaben des Reiches, für die in Sturmjahren eine verfassungsmäßige Formung nicht gelingen konnte. An dieser Störung gesunden Wachstums krankt unsere Zeit. Der heiße Wille, endlich die

volle Einheit des Reiches

zu schaffen, begegnet besorgter Abwehr, die gesunde Eigenart vor vermeintlicher Störung schützen will. Diesen Streit gilt es zu enden! Als Ergebnis der öffentlichen Erörterung steht heute fest, daß wirkliche Beilegung des Kampfes nur in umfassender Lösung zu finden ist. Durch eine klare Abgrenzung der strittigen Belange und durch

organische Gliederung der Verwaltung

ist daher eine Erneuerung des Reiches herbeizuführen, die heute als geschichtliche Forderung vor uns steht. In der Stunde der Gefahr kann es keine andere Losung geben als Stärkung des Reiches. Dem Reich muß in allen für die Volksgesamtheit wichtigen Fragen die Entscheidung zustehen. Neben der Führung in der Außenpolitik, der Pflege des Rechts und dem Oberbefehl über die Wehrmacht gebührt ihm die Finanzhoheit und die Regelung aller Fragen, die für die deutsche Wirtschaftsbilanz von Bedeutung sind. Dieser

Festigung der Reichsgewalt

muß eine hohe Selbstverantwortlichkeit entsprechen, mit der die Glieder des Reiches die ihnen zufallenden Aufgaben erledigen. Die auf dieser Grundlage durchführbare Vereinfachung der gesamten Verwaltung ermöglicht wesentliche Ersparnisse in den Ausgaben der öffentlichen Hand und damit eine Senkung der unerträglichen Steuern.

Es bedarf umfassender Vorarbeiten, um einen sicheren Weg zur Beseitigung der anerkannten Mißstände zu finden. Aber Eile tut not! Darum rufen wir den Regierungen des Reiches und der Länder zu: Ans Werk! Fort mit dem Streit über Einzelfragen! Stellt die Einheit des Reiches voran! Das dritte Reich gilt es zu zimmern, das die ganze Nation in gesunder Gliederung zusammenschließt nach dem Worte des Freiherrn vom Stein: „Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland!"

Wieder eine Explosionskatastrophe in Berlin.

Berlin, 8. Januar. Heute vormittag gegen ½10 Uhr ereignete sich in der Villa des Inhabers der Firma Weingärtner & Co. in der Parkstraße in Berlin-Dahlem in einem der vornehmsten Berliner Wohnviertel ein Explosionsunglück, das den Tod sowie schwere Verletzungen einiger Hausbewohner zur Folge hatte. Nach den bisherigen Feststellungen sind zwei Personen getötet, zwei weitere schwer verletzt worden, während die sechs anderen Hausbewohner mit Nervenschocks und mit leichteren Verletzungen davonkamen. Die Explosion ereignete sich in einem Laboratorium, das unmittelbar an das Haus angebaut war. Der zweistöckige Anbau des Hauses wurde bis auf die Grundmauern zerstört und eine gleichfalls angebaute Garage bis zur Unkenntlichkeit zusammengedrückt. Auch die Villa selbst ist durch die Explosion schwer in Mitleidenschaft gezogen worden.

Baldwins Friedenszuversicht.

Eine Rede des englischen Premierministers.

Premierminister Baldwin erklärte in einer Rede in Worcester, niemand könne leugnen, daß die letzten drei Jahre in Europa Jahre dauernden politischen und finanziellen Fortschritts waren. In Locarno wurde der größte Einzelschritt getan, der Frankreich, Belgien, Deutschland, Italien und Großbritannien gesammenbrachte als gemeinsame Garanten der bestehenden Grenzen zwischen Belgien, Frankreich und Deutschland. Die unmittelbare Wirkung davon war, daß Frankreich zum ersten Male seit dem Kriege ein Gefühl der Sicherheit erhielt, ohne das es natürlich für Frankreich unmöglich war, am notwendigen Werke des Wiederaufbaues und der Befriedung Europas mitzuwirken. Es brachte Deutschland in den Völkerbund und bedeutete ein endgültiges Ende der Kriegsperiode. Es ermöglichte die Zurückziehung der Militärmissionen aus Deutschland. Während unsere für den Fortschritt in Europa wesentlichen Beziehungen zu Deutschland sich erheblich gebessert haben, ist es auch möglich gewesen, unser Zusammenwirken mit Frankreich und mit Italien zu erweitern.

Die Militärkontrolle ist in Bulgarien und Ungarn bereits eingestellt und ich hoffe, sie werde bald in Österreich zu Ende sein. Finanzielle Abmachungen sind getroffen worden für die Fundierung aller der Schulden, die uns von vormals alliierten Ländern geschuldet werden: eine Ausnahme macht nur Rußland. Wir haben Hilfe geleistet als Regierung und auch durch unsere Bankiers und Finanzfachverständigen bei der Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts der verwüsteten Länder Europas.

Der Premierminister erklärte weiter, Europa kehre allmählich zu einer normalen und stabilen Lage zurück. Die Schanghaitruppen würden nicht zurückgezogen werden, solange durch ihre Zurückziehung das Leben von Engländern gefährdet würde. „Eine kleine Besserung ist, so sagte er weiter, in China zu verzeichnen. Vor zwei Jahren war die Kontrolle in Sowjethänden. Aber die Chinesen schüttelten dies fremde Element ab. Eine englandfeindliche Stimmung ist weit weniger bemerkbar. Die Stimmung ist mehr ausländerfeindlich als englandfeindlich, und es bestehen Anzeichen, daß sogar diese Stimmung schwächer wird." Baldwin

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF